

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Sport und Ehrenamt (5. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Görke, Jorrit Bosch, Nicole Gohlke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke
– Drucksache 21/4540 –

Gute Arbeit, tarifliche Standards und sichere Arbeitsplätze auch für das Leistungssportpersonal

A. Problem

Der deutsche Spitzensport ist auf qualifizierte Trainerinnen und Trainer angewiesen, doch der Beruf bietet häufig wenig attraktive Arbeitsbedingungen und befindet sich in einer Krise. Mehr als die Hälfte der Bundestrainerinnen und -trainer arbeitet unter befristeten oder unsicheren Vertragsbedingungen ohne klare Perspektive. Diese Unsicherheit erschwert die Lebensplanung und führt zu psychischer Belastung und teilweise zum Ausstieg aus dem Beruf.

Die antragstellende Fraktion identifiziert Ursachen der problematischen Beschäftigungsverhältnisse des Leistungssportpersonals und fordert Maßnahmen des Bundes zur Verbesserung der Situation.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 21/4540 abzulehnen.

Berlin, den 22. April 2026

Der Ausschuss für Sport und Ehrenamt

Aydan Özoğuz
Vorsitzende

Artur Auernhammer
Berichterstatter

Lars Schieske
Berichterstatter

Bettina Lugk
Berichterstatterin

Dr. Ophelia Nick
Berichterstatterin

Christian Görke
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Artur Auernhammer, Lars Schieske, Bettina Lugk, Dr. Ophelia Nick und Christian Görke

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 21/4540** in seiner 68. Sitzung am 26. März 2026 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Sport und Ehrenamt und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss und den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion Die Linke identifiziert als Ursache der problematischen Beschäftigungsverhältnisse des Leistungssportpersonals vor allem die fehlende langfristige Finanzierung durch den Bund. Auch die Bezahlung sei problematisch. Mit durchschnittlich 50 000 bis 55 000 Euro brutto jährlich liege das Einkommen deutlich unter vergleichbaren Berufen mit ähnlicher Verantwortung. Zudem mangle es an Transparenz, was zu ungerechtfertigten Gehaltsunterschieden führe. Nur etwa 20 Prozent der Trainerinnen und Trainer würden ihren Beruf weiterempfehlen, was den Attraktivitätsverlust deutlich mache. Hinzu komme eine hohe Arbeitsbelastung von 50 bis 60 Stunden pro Woche bei gleichzeitig unzureichendem Freizeitausgleich. Viele Trainerinnen und Trainer berichteten von Schwierigkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren. Diese Bedingungen führten dazu, dass Leistungssportpersonal ins Ausland abwandere oder den Spitzensport ganz verlasse. Dadurch gehe wertvolle Expertise verloren, was die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands schwäche. Ein weiteres Problem sei die fehlende Kopplung von Gehalt und Qualifikation. Höhere akademische Abschlüsse würden derzeit kaum honoriert, was Anreize für Weiterbildung mindere und die wissenschaftliche Qualität der Trainingsarbeit beeinträchtige. Obwohl Reformkonzepte und Tarifvorschläge von Verbänden und Organisationen vorlägen und weitgehend Konsens bestehe, fehle bislang der politische Wille zur Umsetzung. Eine faire, an den Tarif des öffentlichen Dienstes (TVöD Bund) gebundene Bezahlung sei dringend notwendig, um die Zukunft des deutschen Spitzensports zu sichern. Die Fraktion Die Linke fordert dazu als konkrete Maßnahmen eine Anpassung der Förderrichtlinie des Bundes zur „Förderung von Bundessportfachverbänden“, die Erhöhung des Haushaltstitels zur Förderung von Bundessportverbänden (Einzelplan 04, Titelgruppe 02, Titel 684 21) im Regierungsentwurf zum Haushalt 2027 und die Setzung von verbindlichen Mindeststandards zu arbeitsvertraglichen Bedingungen des Leistungssportpersonals in den Zuwendungs- und Förderkriterien für Bundessportfachverbände.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 21/4540 in seiner 35. Sitzung am 22. April 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 21/4540 in seiner 28. Sitzung am 22. April 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Sport und Ehrenamt** hat den Antrag auf Drucksache 21/4540 in seiner 22. Sitzung am 22. April 2026 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, das es unbestreitbar und auch mittlerweile gesicherte Erkenntnis sei, dass die Trainer im Leistungssport in Deutschland eine Besserstellung benötigten. Sie hätten es sich auch verdient. Der Bundesregierung sollte die gebotene Zeit gegeben werden, diesem Anliegen nachzukommen, das bereits im Koalitionsvertrag mit einem eigenen Absatz verankert worden sei. Da es keinen Zweifel daran gebe, dass die Bundesregierung die Vorhaben des Koalitionsvertrages umsetze, bedürfe es des vorliegenden Antrags nicht. Er sei daher abzulehnen.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, sie habe bereits in einem Antrag im Jahr 2022 (Drucksache 20/2596) auf die schlechte Arbeitssituation der Trainer und des Leistungssportpersonals hingewiesen und sich für eine Erhöhung ausgesprochen. Der Forderung nach besseren arbeitsrechtlichen Bedingungen, fairer Bezahlung und mehr Sicherheit für Bundestrainer und das Leistungssportpersonal sei angesichts der Missstände im deutschen Spitzensport grundsätzlich zuzustimmen. Befristungen, geringe Löhne und fehlende Anreize führten zu einem massiven Attraktivitäts- und Reputationsverlust dieses Berufsstands. Die in dem Antrag verwendete Gendersprache führe zu an Unleserlichkeit grenzender Verkomplizierung und Verfremdung unserer Sprache und sei Ausdruck einer ideologischen Auffassung, die in der Amtssprache keinen Platz habe. Um auch Menschen mit sprachlichen und/oder kognitiven Einschränkungen erreichen zu können, solle eine korrekte, natürliche und ideologiefreie Ausdrucks- und Schreibweise verwendet werden. Der Rat für deutsche Rechtschreibung habe sich ausschließlich gegen Sonderzeichen im Wortinnern ausgesprochen, dem sich die Fraktion der AfD anschließe. Aufgrund dessen votiere die AfD-Fraktion mit Enthaltung.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, dass sie das grundsätzliche Anliegen, die Arbeitsbedingungen des Leistungssportpersonals im Spitzensport zu verbessern, ausdrücklich unterstütze. Daher habe die Koalition bereits im Haushalt 2025 für einen kräftigen Aufwuchs bei den Fördermitteln für das Leistungssportpersonal gesorgt. Zudem habe die Koalition im Koalitionsvertrag eine Traineroffensive vereinbart. Diese beinhalte unter anderem eine Anpassung der Förderhöchstgrenzen in der „Förderrichtlinie Verbände“, außerdem solle ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der Trainerinnen und Trainer aufgelegt werden. Auch mit dem Sportfördergesetz wolle man die Situation des Leistungssportpersonals verbessern. Der vorliegende Antrag werde der Komplexität des Spitzensportsystems hingegen nicht gerecht. So ignoriere der Antrag, dass neben nötigen politischen Maßnahmen auch der DOSB in der Pflicht sei, bestehende Vereinbarungen wie das Konzept zur „Verbesserung der arbeitsvertraglichen Rahmenbedingungen für Trainer*innen“ aus dem Dezember 2018 konsequenter umzusetzen. Insgesamt sei der Antrag nicht zielführend, daher lehne die SPD den Antrag ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob die Übereinstimmung mit dem grundsätzlichen Antragsziel hervor, die Situation der Bundestrainerinnen und -trainer zu verbessern. Auch die Verbesserung bei den Vertragslaufzeiten für das Leistungssportpersonal fordere man bereits seit längerer Zeit. Allerdings verkenne der Antrag, dass Vertragsangelegenheiten in der Zuständigkeit der Sportverbände lägen. Man schließe sich auch grundsätzlich der Forderung nach Anhebung der Bundesförderung für das Leistungssportpersonal an. Die von der antragstellenden Fraktion in den letzten Haushaltsberatungen geforderte Aufstockung um 35 Mio. Euro sehe man jedoch weiterhin als nicht realisierbar in der derzeitigen Haushaltssituation an. Es dürfe nicht noch stärker nach dem Gießkannenprinzip gefördert werden, sondern die seit längerer Zeit angekündigte Traineroffensive und das geplante Sportfördergesetz müssten einen zukunftsfähigen Förderrahmen aufzeigen. Diesen notwendigen Reformen wolle man nicht vorgreifen und die geplante unabhängige Sportagentur vor vollendete Tatsachen stellen. In der Gesamtschau der Argumente habe man sich daher beim vorliegenden Antrag enthalten.

Die **Fraktion Die Linke** unterstrich, dass nicht nur die Athleten, sondern auch die Trainer und das gesamte Leistungssportpersonal einen wichtigen Anteil an den Erfolgen des deutschen Leistungssports hätten. Es brauche daher einen echten Paradigmenwechsel, der Kettenbefristungen und einer Bezahlung, die Qualifikation und Verantwortung nicht widerspiegelt, ein Ende setze. Aus diesem Grund habe die Fraktion Die Linke den Antrag gestellt.

Berlin, den 22. April 2026

Artur Auernhammer
Berichterstatter

Lars Schieske
Berichterstatter

Bettina Lugk
Berichterstatterin

Dr. Ophelia Nick
Berichterstatterin

Christian Görke
Berichterstatter

Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.